

SPD wählt Barley für Europawahl zur Spitzenkandidatin

BERLIN (dpa) - Die SPD warnt vor einem dramatischen Rechtsruck in Europa und setzt im Kampf dagegen auf Katarina Barley: Die bisherige Justizministerin ist am Sonntag mit einer Zustimmung von 99 Prozent zur SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl am 26. Mai bestimmt worden. Die 50-Jährige will ihren Kabinettsposten aufgeben und nach der Wahl nach Brüssel wechseln. Zum europäischen Spitzenkandidaten aller sozialdemokratischen Parteien wurde am Samstag in Lissabon der Vizechef der EU-Kommission, der Niederländer Frans Timmermans, gewählt. Der 57-Jährige wird der Rivale des konservativen Kandidaten Manfred Weber (CSU). Beide wollen Nachfolger von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker werden.

Die baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt kandidiert auf Platz 15, für den eigentlich die frühere baden-württembergische SPD-Generalsekretärin Luisa Boos vom Bundesvorstand vorgeschlagen worden war. Die verzichtete - und kam nun auf Platz 25.



Verlierer und Gewinnerin: Friedrich Merz und Annegret Kramp-Karrenbauer.

FOTO: KAY NIETFELD

Großer Frust, kleine Hoffnung

Manche im Merz-Lager setzen nach der Wahlniederlage auf sein Comeback als Minister

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Sie hatten es so sehr gehofft. Die Konservativen in der baden-württembergischen CDU waren sich ziemlich sicher, dass Friedrich Merz das Rennen macht. Ihre Vorfreude auf diesen Parteitag war groß, am Vorabend hatten sie schon fast gefeiert, umso schmerzhafter ist ihre Enttäuschung über die Niederlage ihres Hoffnungsträgers. Von spontanen Parteiaustritten gleich am Samstag hört man auf dem Parteitag, in Zahlen aber kann dies niemand belegen.

Während der baden-württembergische Landeschef Thomas Strobl recht vage Perspektiven für eine weitere Mitarbeit von Merz aufmalt, wird die baden-württembergische Initiative, die Merz unterstützt hatte, konkreter: „Merz sollte ins Bundeskabinett“, formulieren die beiden Initiatoren, Tim Hauser, CDU-Chef in Esslingen, und der Ravensburger CDU-Vorsitzende, Christian Natterer, eine Bitte an Angela Merkel und Annegret Kramp-Karrenbauer.

„Wir sind faire Demokraten

und akzeptieren die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Parteivorsitzenden. Auch werden wir unseren Teil dazu beitragen, dass die CDU wieder geeint und geschlossen auftritt. Damit dies gut gelingen kann, muss Friedrich Merz in der Politik bleiben und an herausgehobener Stelle eng eingebunden werden“, begründet die Initiative, zu der auch Günther Oettinger gehört, ihren dringenden Wunsch.

Der Wangener Landtagsabgeordnete Raimund Haser meint: „In Baden-Württemberg ist das Ergebnis schwerer zu verdauen als sonst wo, denn wir haben einen starken Wirtschaftszweig und viele Konservative. Wir müssen weiter für das stehen, was Merz gefordert hat“, so Haser. „Und wir müssen uns über unsere Rolle innerhalb der CDU Gedanken machen, wir müssen über den Parteitag reden.“

Doch es gibt auch jene, die Kramp-Karrenbauer jetzt eine Chance geben wollen. „Die neue Bundesvorsitzende der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, ist ein Glücksfall für die Union“, erklärt der Aalener Abgeordnete Winfried Mack,

CDU-Fraktionsvize im Stuttgarter Landtag.

„Die Saarländerin Annegret Kramp-Karrenbauer versteht nicht nur die Mentalität der Baden-Württemberger, sie denkt und fühlt auch wie wir. Mit anderen Worten: Annegret Kramp-Karrenbauer ist eine von uns“, so Mack weiter. Einig sind sich beide Lager aber in dem Wunsch, jetzt wieder über Inhalte zu diskutieren.

Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus rief die Partei auf, zur Sacharbeit zurückzukehren. Die Union habe sich sehr lange mit sich selbst beschäftigt. Auch der CSU-Politiker Manfred Weber, der Unions Spitzenkandidat für die Europawahl, will, dass alle die Schützengräben verlassen. Er forderte: „Der Wille zum Konsens muss das Leitmotiv der kommenden Führung von CDU und CSU sein.“ Die neue Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer meint dagegen: „Wir haben eine Entscheidung gehabt, aber nein, die Partei ist nicht gespalten.“

Wichtige Beschlüsse:

• **Soli:** Die CDU will den Soli bis En-

de 2021 vollständig abschaffen. Bisher ist nur eine Abschaffung für 90 Prozent der Steuerzahler vorgesehen, für Spitzenverdiener nicht.

• **Schluss mit Doppelverbeitragung:** In der Altersvorsorge fordert die CDU ein Ende der doppelten Beiträge für Kranken- und Pflegekassen, die derzeit Rentner bei der Auszahlung von Betriebsrenten entrichten müssen.

• **Migrationsdebatte:** Der Parteitag verabschiedete den Antrag des Parteivorstandes zum Migrationspakt. Der begrüßt das Abkommen, das für eine bessere Steuerung von Migration sorgen soll, und betont, dass daraus keine neuen Verpflichtungen für Deutschland entstehen. „Die nationale Souveränität Deutschlands steht nicht zu Disposition.“

• **Pflege:** Der Antrag des CDU-Bundestagsabgeordneten Lothar Riebsamen wurde angenommen, ein großes Modellprojekt (mindestens zehn Einrichtungen) zur Kurzzeitpflege zu starten, das die Pflege nach Krankenhausaufenthalt und besonders die Kurzzeitpflege bei Verhinderung der Angehörigen fördert. Die Pflegeversicherung soll dies finanzieren.

Zur Person

Konservativer

In sein neues Amt startet er mit einem Dämpfer. Nur 62,8 Prozent der Delegierten haben beim Parteitag für Paul Ziemiak als neuen Generalsekretär der CDU gestimmt. Dabei hatten er und Annegret Kramp-Karrenbauer sich redlich bemüht, die CDU-Mitglieder zu überzeugen, dass es im Kampf um den Parteivorsitz keine Absprachen zwischen ihnen gegeben habe. Doch dieses Gerücht hielt sich hartnäckig. Deshalb habe Kramp-Karrenbauer im zweiten Wahlgang so viele Stimmen von den meist jüngeren Jens Spahn-Anhängern bekommen, hieß es.

Die Version der beiden Gewählten klingt anders: Ziemiak habe ihr bei der ersten Anfrage vor dem Parteitag aus Loyalität zu den anderen Kandidaten Merz und Spahn einen Korb gegeben und erst am späten Wahlabend seine Meinung geändert, berichtet Kramp-Karrenbauer. Ziemiak bestätigt dies. Aber wie auch immer: Dass Kramp-Karrenbauer den bisherigen JU-Vorsitzenden an ihrer Seite haben wollte, kann als Angebot an die Konservativen in der Partei gewertet werden.

Auch in seiner Bewerbungsrede bekannte sich der 33-Jährige zu den konservativen Werten. Die CDU müsse sich erneuern mit einem „klaren Kurs und einer klaren Sprache“. „Wir müssen die Partei des Rechtsstaats sein“, sagte Ziemiak.

Ziemiak, der in Polen geboren wurde und im Sauerland mit Frau und Kind wohnt, wurde 1999 Mitglied der Jungen Union, zwei Jahre später trat er auch in die CDU ein. Vor seinem Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 arbeitete er für eine Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft.

Nun ist er ganz oben in der CDU angelangt.



Paul Ziemiak ist neuer Generalsekretär der CDU. FOTO: DPA

Zahl des Tages

62

Monate

Verzug in der Fertigstellung haben die 19 wichtigsten Rüstungsprojekte der Bundeswehr durchschnittlich. Zudem werden sie zusammen 13,4 Milliarden Euro teurer als geplant. Das geht aus dem neuen Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums hervor.

Kurz berichtet

Chancen für Brexit-Deal sinken

LONDON (dpa) - Kurz vor der entscheidenden Brexit-Abstimmung am Dienstag im Londoner Parlament wird eine Niederlage für Premierministerin Theresa May immer wahrscheinlicher. Am Sonntag warnte sie ihre Parteimitglieder eindringlich davor, gegen das mit Brüssel ausgehandelte Abkommen zum EU-Austritt zu stimmen. Im Falle einer Niederlage sind auch ein Rücktritt Mays und Neuwahlen möglich. Berichten über eine Verschiebung der Abstimmung im Unterhaus widersprach Downing Street. „Die Abstimmung wird am Dienstag stattfinden“, sagte eine Regierungssprecherin.

Nachrichtendienste suchen Tausende Mitarbeiter

BERLIN (dpa) - Die deutschen Geheimdienste haben Probleme mit der Besetzung offener Stellen. Beim Bundesnachrichtendienst (BND) waren Ende August fast 970 Planstellen unbesetzt, wie der „Spiegel“ unter Berufung auf interne Unterlagen des Bundesrechnungshofs berichtet. Ein Grund sei, dass weniger Mitarbeiter als erwartet bereit gewesen seien, vom bisherigen Standort Pullach in die neue Zentrale des Auslandsgeheimdienstes in Berlin-Mitte umzuziehen.

Amnesty beklagt „Angriff auf Menschenrechte“

BERLIN (dpa) - 70 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sieht Amnesty International die bisherigen Errungenschaften in Gefahr. „Es gibt in den letzten Jahren eine neue Entwicklung, dass Menschenrechtsstandards und der ganze internationale Rahmen dafür infrage gestellt oder relativiert werden“, sagte der Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation in Deutschland, Markus Beeko. Ländern wie Russland und der Türkei, aber auch den USA warf Markus Beeko einen „Angriff auf die Menschenrechte“ vor. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird heute 70 Jahre alt.

THEMA
des Tages

Interview

„Friedrich Merz ist ja nicht aus der Welt“

Baden-Württembergs CDU-Landeschef Thomas Strobl will den unterlegenen Kandidaten auch in Zukunft einbinden

HAMBURG - Der baden-württembergische CDU-Landeschef Thomas Strobl hofft trotz der Niederlage auf dem CDU-Parteitag auf eine weitere Mitwirkung von Friedrich Merz in der Politik. „Er ist ja jetzt nicht aus der Welt, sondern er bleibt der CDU verbunden. Man wird schon darüber sprechen müssen, ob und wie wir ihn stärker für eine aktive Arbeit für die CDU gewinnen können“, sagte Thomas Strobl der „Schwäbischen Zeitung“. Mit Thomas Strobl sprachen Claudia Kling und Sabine Lennartz.

Herr Strobl, die neue CDU-Parteivorsitzende kommt aus dem Saarland, der neue Generalsekretär aus dem Sauerland. Wo bleibt eigentlich Baden-Württemberg?

Wir haben uns mit Annette Widmann-Mauz im Präsidium um eine Person sogar verstärkt, Wolfgang Schäuble bleibt als Bundestagspräsident kraft seines Amtes dort, und mich gibt es als stellvertretenden Bundesvorsitzenden auch noch. Zudem haben wir im Bundesvorstand alle unsere vier Kandidaten durchgebracht. Schön, dass sich die Baden-Württemberger personell voll durchgesetzt haben. Ich kann mich an Zeiten erinnern, da war das auch mal anders.

Aber der größte Wunsch, dass Friedrich Merz Parteichef wird, hat sich nicht erfüllt. Wie groß ist der Unmut im Landesverband?

Ja, er war der Wunsch kandidat vieler Baden-Württemberger, aber es gab auch einen beachtlichen Teil, der andere Wünsche hatte. Dass es bei einer so knappen Wahlentscheidung auch Enttäuschung gibt, kann ich sehr gut nachvollziehen. Das liegt in der Natur der Sache eines solchen Wettbewerbs. Und das müssen wir jetzt miteinander überwinden.

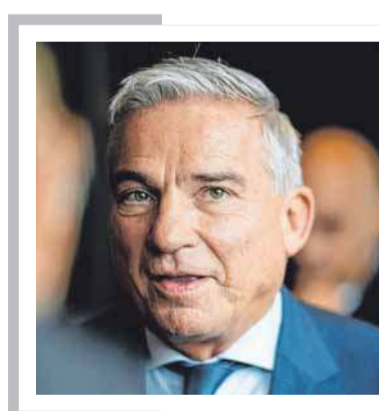
Sind Sie selbst auch enttäuscht? Jedenfalls bin ich nicht überrascht, denn ich habe mit einer knappen Entscheidung gerechnet.

Sagen Sie, wen Sie gewählt haben? Nein, das tut ja auch nichts mehr zur Sache. Der Blick in der Partei geht nach vorne.

Wie gehen Sie mit dem Unmut der Merz-Fans um?

Jetzt schlafen wir mal noch eine Nacht darüber - und dann sprechen wir miteinander. Man kann ja auch knapp die Hälfte der CDU-Mitglieder nicht einfach unter den Tisch fallen lassen. Deren Erwartungen müssen sich freilich schon in künftiger CDU-Politik widerspiegeln. Da sehe ich auch eine persönliche Aufgabe für mich als Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg.

Viele befürchten, dass die CDU-Werte jetzt weiter runtergehen. Teilen Sie die Einschätzung? Nein. Friedrich Merz hat der CDU



CDU-Landesvorsitzender

Thomas Strobl (Foto: dpa) ist seit 2011 Landesvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg und außerdem einer von fünf stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands. Seit Mai 2016 ist der 58-Jährige Innenminister in Baden-Württemberg sowie Stellvertreter von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne).

schon alleine mit seiner Kandidatur einen Dienst erwiesen, weil wir den spannenden Wettbewerb hatten. Und er ist ja jetzt nicht aus der Welt, sondern er bleibt der CDU verbunden. Man wird schon darüber sprechen müssen, ob und wie wir ihn stärker für eine aktive Arbeit für die CDU gewinnen können.

Aber Merz hat der Frage, ob er in den Vorstand oder das Präsidium will, doch eine Absage erteilt.

Ich habe von Merz keine Absage gehört. Er hat doch gesagt, dass er sich weiter für die CDU einbringen will. Und ich kenne ihn gut genug, um zu wissen, dass er das auch ganz genau meint. Bei ihm gilt: ein Mann, ein Wort.

Das Thema Migration wurde beim Parteitag nur gestreift. Reicht das?

Wir haben aus Baden-Württemberg eine Reihe von kernigen Anträgen vorgelegt, die auch beschlossen wurden. Und als Innenminister von Baden-Württemberg habe ich auch registriert, dass Annegret Kramp-Karrenbauer klare Ansagen zum Bereich der inneren Sicherheit gemacht hat. Das hat mich nicht verwundert, sie war ja selbst Innenministerin und Themen der inneren Sicherheit und Migration sind bei ihr sehr, sehr gut aufgehoben. Auch ich habe in diesem Bereich gut mit ihr zusammengearbeitet.

Welche Schwerpunkte muss Kramp-Karrenbauer setzen, um jene einzubinden, die jetzt noch murren?

Sie muss einen klaren Kurs in Sachen Wirtschaftspolitik fahren, aber auch bei der inneren Sicherheit und der

Migration. Vor allem wird sie, nicht nur weil wir in wenigen Monaten die Europawahl haben, leidenschaftlich für Europa werben.

Was bedeutet die Wahl von AKK für die Große Koalition?

Die Bundesregierung vermittelt - leider auch noch mehr als ein Jahr nach der Bundestagswahl - nicht den besten Eindruck von Tatkraft und Handlungsfähigkeit. Das bedauere ich sehr. Annegret Kramp-Karrenbauer hat ja selbst von einer bleiern Zeit gesprochen. Freilich habe ich die Hoffnung, dass sich das nun ändert. Die Bundesregierung muss in einen anderen Arbeitsmodus finden, nicht zuletzt in der Zusammenarbeit mit den Ländern. Dann könnten wir den Schwung, den wir gewonnen haben, mit in die Zukunft nehmen.

Hält Paul Ziemiak als neuer Generalsekretär den konservativen Flügel an Bord?

Die CDU muss sich breit aufstellen, das Konservative gehört dazu, das würde ich aber nicht auf den Generalsekretär alleine reduzieren.

Ziemiak ist mit magerem Ergebnis gewählt worden. Wie bewerten Sie das?

Er ist mit fast zwei Drittel gewählt worden, das ist ein achtbares Ergebnis. Im Übrigen: Gewählt ist gewählt. Diese Schönheitswettbewerbe sind doch albern.